Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5435

23. 10. 89

Sachgebiet 402

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
— Drucksachen 11/5115, 11/5435 —

Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes

Bericht der Abgeordneten Dr. Schroeder (Freiburg), Nehm und Frau Rust

Der Gesetzentwurf beabsichtigt, das Wohngeld in Gemeinden und Kreisen mit besonders hohem Mietenniveau sowie in Kommunen mit überdurchschnittlichen Mietpreissteigerungen zu verbessern. Daneben sind weitere Änderungen von überwiegend redaktionellem Charakter vorgesehen.

Der Gesetzentwurf führt im Haushaltsjahr 1990 bei Bund und Ländern zu Mehrausgaben von insgesamt 10 Mio. DM. Ab 1991 — dem Jahr der vollen Finanzwirksamkeit des Gesetzentwurfs — erhöhen sich die Mehrbelastungen auf 20 Mio. DM jährlich. Diese Kosten werden je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern getragen.

Die Mehrausgaben des Bundes für 1990 sind im Regierungsentwurf zum Bundeshaushaltsplan 1990 bei Kapitel 25 02 Titel 642 01 berücksichtigt. Die Kosten ab 1991 sind in der Finanzplanung des Bundes enthalten.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, daß die Beschlußempfehlung des federführenden Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau keine wesentlichen kostenwirksamen Änderungen vorsieht.

Bonn, den 4. Oktober 1989

Der Haushaltsausschuß

Walther	**Dr. Schroeder (Freiburg)**	**Nehm**	**Frau Rust**
Vorsitzender	Berichterstatter		

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333